



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

41. Sitzung (öffentlich)

10. Dezember 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Dr. Heinz-J. Eckhold (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Fortentwicklung und Ausbau von Sprachförderung und muttersprachlichem Unterricht vorantreiben! 4

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/3339
Vorlagen 13/2056 und 13/2349

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem im Migrationssausschuss geänderten Antrag - vgl. Vorlage 13/2349 - der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/3339 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

2 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes - LBesG NRW) 4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660
Vorlagen 13/2428, 13/2490, 13/2448

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder
hier: Bereich Schule

Einzelplan 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
hier: Bereich Weiterbildung

Vorlage 13/2428

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

Gesetz der Landesregierung
Drucksachen 13/4502 und 13/4614

Staatssekretär Dr. Fischer (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit) und die Vertreter des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder beantworten Fragen der Abgeordneten.

3 Zehntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften 35

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/3930

Und

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, der Verordnung über die Arbeitszeit und der Verordnung zur Ausführung von § 5 Schulfinanzgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4566

Der Ausschuss beschließt, kein Votum zu den Gesetzentwürfen abzugeben.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
41. Sitzung (öffentlich)

10.12.2003
sd-beh

Die 2.000 Vorgriffsstellen seien bis zum Haushalt 2006 befristet. Sie hätten einen kw-Vermerk im Moment zum 31.07.2006. Insbesondere werde das Zeitbudget aus den Stellen finanziert. Die genaue Verteilung finde man auch in der Tabelle auf S. 183 des Erläuterungsbandes. An der Gesamtsumme ändere sich nichts. Die 2.000 Vorgriffsstellen bedienten zum größten Teil das Zeitbudget, BUS, GÖS, Sozialpädagogen - vgl. die Tabelle auf S. 183 des Erläuterungsbandes.

Ralf Witzel (FDP) bittet darum, die Erstellung des Protokolls in diesem Fall so schnell wie möglich zu gewährleisten.

3 Zehntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3930

Und

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, der Verordnung über die Arbeitszeit und der Verordnung zur Ausführung von § 5 Schulfinanzgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4566

Der Vorsitzende merkt an, der federführende Ausschuss für Innere Verwaltung habe mitgeteilt habe, dass an dieser Thematik noch gearbeitet werde. Es gehe um Härtefälle für Schwerbehinderte, Polizei und Strafvollzug und anderes. Er rege an, kein Votum abzugeben.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** gibt kein Votum zu den Gesetzentwürfen der Landesregierung ab.

Bernhard Recker (CDU) möchte wissen, wann es voraussichtlich zu einer Entscheidung kommen werde.

LMR Knevels (MSJK) führt aus, am 6. Oktober habe das Ministerium bereits mitgeteilt, wie sich die Veränderung der Arbeitszeit auf Teilzeit, Altersermäßigungen usw. auswirke. Insofern müssten die Betroffenen eigentlich informiert sein. Die Beamten würden amtlich informiert.

gez. Dr. H.-J. Eckhold

Vorsitzender

hoe/22.12.2003/30.12.2003

400